

## Stadt Leverkusen Antrag Nr. 2020/3373

### Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he/neu

Dezernat/Fachbereich/AZ

15.05.2020 **Datum** 

| Beratungsfolge                   | Datum      | Zuständigkeit | Behandlung |
|----------------------------------|------------|---------------|------------|
| Bezirksvertretung für den Stadt- | 16.06.2020 | Entscheidung  | öffentlich |
| bezirk II                        |            |               |            |

#### Betreff:

Einrichtung eines Dauerparkangebotes im Bereich der Neustadt

- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 11.02.2020
- Stellungnahme der Verwaltung vom 15.05.2020 (siehe Anlage)

## Hinweis des Fachbereichs Oberbürgermeister, Rat und Bezirke:

Zum vorgenannten Antrag wird das Vorblatt mit aktualisiertem Sitzungsdatum sowie die Stellungnahme vom 15.05.2020 zur Kenntnis gegeben.

Aufgrund der Corona Pandemie wurde der letzte Turnus Mitte März abgebrochen.

V/61-ka Stadtplanung Stefan Karl ☎ 61 20 15.05.2020

01

- über Frau Beigeordnete Deppe- über Herrn Oberbürgermeister Richrath- gez. Deppegez. Richrath

# Einrichtung eines Dauerparkangebotes im Bereich der Neustadt - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 11.02.2020

Das Leverkusener Straßennetz ist derzeit von hohen Verkehrsbelastungen auf den Hauptverkehrsstraßen und dementsprechenden Verkehrsemissionen (Luftschadstoffe, Lärm) geprägt. Verkehrsbelastungen betreffen vor allem die Stadtteilzentren, welche durch ein dichtes Straßennetz miteinander verbunden sowie an überregionale Verkehrsachsen angeschlossen sind.

Die hohen Verkehrsbelastungen und der Parkdruck in den Stadtteilen resultieren weniger aus einem zu dünnen Straßenverkehrsnetz bzw. zu wenigen Parkplätzen, als vielmehr aus einer jahrzehntelangen kommunalen wie bundesweiten Förderung des motorisierten Verkehrs, bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Umweltverbundes. Die Parkraumstrategie des Mobilitätskonzeptes zielt daher nicht darauf ab, neue und zusätzliche Parkmöglichkeiten zu schaffen. Vielmehr soll der Parkdruck in sensiblen Räumen reduziert werden, indem Alternativen zum Pkw ausgebaut werden. Hierbei sollen folgende Handlungsbedarfe verfolgt werden:

- Stärkung von Alternativen zum Motorisierten Individualverkehr (MIV), möglichst Vermeidung von Durchgangsverkehren
- Verträgliche Abwicklung der Kfz-Verkehre (sowohl bzgl. Emissionen als auch Flächenverbrauch)
- Ausbau des CarSharing-Angebotes
- Analyse und bessere Abstimmung des Baustellenmanagements
- Förderung alternativer Antriebsformen und insbesondere der E-Mobilität
- Verbesserte Angebote im ÖPNV
- Ausbau der Angebote für den Fuß- und Radverkehr

Eine konkrete Flächenuntersuchung für ein mögliches Parkhaus bzw. von Parkpaletten, unter Einbeziehung der im Antrag vorgeschlagenen Flächen, erfolgt aufgrund des hohen Prüf- und Bearbeitungsumfangs erst nach entsprechender Beschlussfassung.

Stadtplanung und Stabsstelle Mobilität